

Märkisches Tageblatt

verbunden mit dem

General-Anzeiger

für Witten und Umgegend.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und
Festtage.
Insertionen werden die 7spaltige Zeile mit
10 Pf. berechnet.

Abonnementspreis (incl. der Gratissendung)

„Märkisches Blatt“: 1,80 Mark vierteljährlich,
monatlich 60 Pf. bei Bestellung durch die Boten.
Bei Abnahme auf der Post incl. Postgebühren 2,20 Mk.

Die Kornpreise.

Noch nie haben wirtschaftliche Fragen im Vordergrund des Tagesinteresses dermaßen gestanden, wie gegenwärtig, wo unter dem Einfluß verschiedener Verhältnisse der Brodkornpreis eine außergewöhnliche Höhe erreicht hat. Es kommen tatsächlich verschiedene Gründe hier in Betracht. Zuerst hat die jetzt schon erheblich geänderte Annahme die nächste Ernte im deutschen Reich nur eine sehr mittelmäßige werden, den Preis des Brodkorns steigen lassen; dann suchte der Zwischenhandel sich gegen eine mögliche nahe Herabsetzung unserer Kornzölle, die einen Preisrückgang hervorbringen müßte, durch einen Extraprofit für das bestehende Risiko zu decken, dann auch ließ die Zufuhr nach, weil man eben nichts wagen wollte im Hinblick auf die schwebende Zollfrage. So ist eins zum andern gekommen, und das bereits eingetretene Sinken der Preise auf Grund der Zeitungsaufstellungen von einem Zusammentritt des Reichstages zum Zweck der Revision der Kornzölle beweist, daß die Spekulation bei den Hochpreisen der Preise die Hände mit im Spiel haben. Es wird das übrigens in Berlin freies auch gar nicht geleugnet. Angesichts aller dieser Umstände liegen die Verhältnisse eigentlich einfach und in keiner Weise verwickelt, wie hier und da geglaubt wird. Die Hauptfrage ist: Ist der Brodkornpreis heute normal? Antwort: Nein! Dann haben wir zu fragen: Kann das deutsche Reich im Verordnungswege oder durch sonstige Verwaltungsmaßnahmen dazu beitragen, daß ohne Weiteres der Kornpreis sich auf einen normalen Satz ermäßigt? Antwort: Nein! Daraus folgt, daß wenn nicht auf natürlichem Wege eine Preisreduktion eintritt, gesetzliche Schritte gehen werden müssen, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu schützen. Ist es nun ausgeschlossen, daß auf natürlichem Wege eine solche Preisermäßigung eintritt? Die Beantwortung dieser Frage ist ungemein schwer. Es kann recht gut sein, daß sich in den nächsten Wochen die Kornpreise in Deutschland dermaßen heben, daß die Preise von selbst fallen, ebenso gut kann aber alles beim Alten bleiben. Die gleiche Möglichkeit ist auch bei einer Herabsetzung des Zolles vorhanden. Der Preis kann viel mehr fallen, als die Zollherabsetzung beträgt, er braucht auch nicht im Mindesten zu fallen. Die Markterhältnisse gestalten sich oft wunderbar, und Niemand darf behaupten, daß er mit Sicherheit von vornherein sagen kann, was geschehen wird, wenn diese oder jene Maßregel ergriffen würde. Unter solchen Umständen muß man an der Hauptsache festhalten, daß lieber zu viel als zu wenig geschehen soll, um der Bevölkerung ihr Recht zu wahren, ihre Interessen zu schützen. Es kann vor der Hand darauf nicht ankommen, was später einmal mit den Getreidezölle geschehen soll und was nicht, es kann sich nur darum handeln, für den Augenblick Abhilfe zu schaffen. Wenn die Reichsregierung es gegenwärtig nicht für nothwendig erachtet, den Reichstag zu berufen, sondern meint, daß Garantien dafür noch vorhanden sind, daß sich in naher Zeit der Brodkornpreis von selbst wieder ermäßigt, dann muß sie auch Beweise hierfür vorbringen. Unmöglich ist es jedenfalls, die schwankenden Verhältnisse andauern zu lassen; wenn auch die Kornpreise in Folge davon etwas sinken mögen, die Zufuhren fremden Getreides, auf die es bei der heutigen Kornvertheuerung doch gerade ankommt, werden dadurch beeinträchtigt, und eine gründliche Abhilfe der Misere erfolgt dadurch nicht. Es ist bedauerlich, aber nun mal nicht zu ändern, daß die Spekulation alle und jede wirtschaftliche Erscheinung ausbeutet; das ist immer so gewesen, wird auch immer so sein; denn Geschäftsleute, welche unter solchen Umständen ihre Preise sich zu schneiden belieben, wird es immer geben. Aber dieser Spekulation soll nicht durch Unentschiedenheit, durch das Vorsehenlassen wichtiger Vorwände noch Vorschub geleistet werden. Darum können wir nur klipp und klar sagen: Garantien mit genügenden Beweisen dafür, daß die heute als übertrieben hoch erkannten Preise für Brodkorn sich baldigt ermäßigen werden, oder aber Einberufung des Reichstages zur Erwägung und Beschlußfassung gesetzlicher Schritte. Sicher wollen wir in jedem Fall gehen, und die deutsche Landwirtschaft kann nur den Wunsch hegen, daß hier baldigst Klarheit geschaffen wird, denn der Schutz der Landwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht des übermäßig theuren Brodkorns. Man thut gut, in diesen rein praktischen Fragen alle Persönlichkeiten und alle Uebertreibungen aus dem Spiel zu lassen. Die Verhältnisse lediglich muß man sich ansehen und danach seine Bestimmungen treffen. Mit Getreide ist spekulirt, als Deutschland noch nicht an Schutzzölle dachte, mit Getreide wird spekulirt werden, auch wenn die Zölle einmal fortfallen sollten.

Es ist Pflicht der Reichsregierung und des Parlamentes, alle Punkte ins Auge zu fassen. Im alten Rom wurden die Getreidehändler von der wüthenden Menge einfach beim Kragen genommen, wenn sie den Preis zu sehr emporgeschraubt hatten. Heute geht Alles natürlicher zu, giebt es andere Mittel, um zum Ziele zu kommen. Nur müssen wir auch, dahin kommen, und nicht eine Meile davon entfernt stehen bleiben. Da haben wir die nackten, trockenen Thatsachen, und damit allein müssen wir rechnen.

Rundschau.

* Der ober-schlesische Kohlenbergbau ist, wie in dem Berichte des Vorstandes des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins für das Jahr 1890 festgestellt wird, im verflochtenen Jahre in einer seit den Jahren 1873 und 1874 nicht mehr dagewesenen Weise geblieben. Der Durchschnittserlös per Tonne der verkauften Steinkohlen hat auf den ober-schlesischen Gruben betragen im Jahre 1887: 3,788 Mark, 1888: 3,783 Mark, 1889: 3,924 Mark und 1890 5,037 Mark. Die Jahre 1887 und 1888 bezeichnen dabei die Zeit des größten Niederganges der ober-schlesischen Steinkohlenindustrie. Die königlichen Gruben weisen die höchste prozentuale Steigerung des Erlöses auf. Bekanntlich konstatirt nun die ober-schlesische Kohle mit der englischen an der Spitze auf einem Grenzgebiet von mehr als 100 Meilen. Es mußte vor einiger Zeit als die Existenzbedingungen des ober-schlesischen Kohlenbergbaues immer mehr erschwert wurden, auch die Beschaffung billigerer Tarife nach diesem Grenzgebiete nicht möglich war, befürchtet werden, daß der Wettstreit schließlich zum Nachtheile ober-schlesischen ausfallen und Ober-schlesien das Abgabegbiet an der Ostseeküste verlieren würde. Das Ergebnis hat sich aber besser gestaltet, als befürchtet wurde. Die Engländer sind mit ihren Kohlenpreisen und Frachten mehr in die Höhe gegangen, als die Ober-schlesier, so daß diese in den letzten Jahren an den Ostseehäfen mehr an Feld gewonnen wie verloren haben. Wenn die königliche Eisenbahnverwaltung in der Neuzeit in jener Gegend englische Kohlen bezogen hat, so hat das weder an den Preisen der Kohlen, noch an der Leistungsfähigkeit der ober-schlesischen Gruben, sondern lediglich daran gelegen, daß diese Gruben zunächst an anderen Stellen ihren Verpflichtungen gerecht werden mußten, wofür sie in ihren Lieferungen durch den andauernden Wagenmangel zurückgeblieben waren. Der Absatz der ober-schlesischen Steinkohlengruben hat sich vom Jahre 1888 zum Jahre 1890 von 13 304 052 Tonnen auf 15 518 228 Tonnen, also um 17 Prozent gesteigert. Dagegen hat sich der Werth dieser abgesetzten Kohlen von 50 333 502 Mark in 1888 auf 78 172 906 Mark in 1890 erhöht, d. h. um fast 56 Prozent, während die von den Kohlengruben gezahlten Arbeitslöhne sich in der gleichen Zeit von 24 081 218 Mark auf 36 584 591 Mark, also um 52 Prozent gesteigert haben. Die Sozialdemokraten könnten hieraus den Schluß ziehen, daß die ober-schlesischen Kohlengrubenbesitzer nur den kleineren Theil der durch die Kohlenpreissteigerung veranlaßten Mehrgewinnes den Arbeitern hätten zukommen lassen. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. Der Grund, warum in den Zeiten des guten Kohlenabsatzes die Arbeitslöhne nicht ganz proportional dem gesteigerten Koalengeldentnahmen zu wachsen pflegen, ist vorzüglich darin zu suchen, daß man auf allen Kohlengruben, wenn der Absatz sich günstig gestaltet, die Arbeiter mehr auf die koalengeldgiebigeren Arbeitspunkte zu legen pflegt, während man die Ausschachtungsarbeiten einschränkt, und daß man in den Zeiten des schlechten Absatzes gerade umgekehrt vorgeht. Berücksichtigt man nun den mit diesem Verhältnisse zusammenhängenden Umstand, daß im Jahre 1890 in Ober-schlesien vier größere Tiefbauanlagen, die im Jahre 1888 noch nichts förderten, aber doch viel Arbeitslöhne beanspruchten, in starke Förderung getreten waren, so wird schon fast allein dadurch der Ueberschuß der Steigerung der Koalengeldentnahme über die Steigerung der Arbeitslöhne ausgeglichen.

* In Paris ist man ärgerlich auf den Zaren. Während die meisten Blätter den Frankreich ungünstigen Schiedsspruch des Zaren im französisch-holländischen Grenzstreit betreffs Guyana bloß mit der übellaunigen Bemerkung begleiten, daß dieser Schiedsspruch Frankreich ein Drittel des Hinterlandes seiner Besitzung Cayenne wegnimmt, giebt der „Matin“ seinem Aerger folgenden offeneren Ausdruck: „Der Zar hat bei vielen Gelegenheiten immer wieder versichert, daß er seine volle Unabhängigkeit besonders auch gegen seine Freunde zu wahren entschlossen sei. Diese Haltung scheint uns ausgezeichnet für Rußland; es wäre nur zu wünschen, daß man sie auch in Frankreich

richtig begreift, damit ein gewisser vaterländischer Fanatismus uns nicht zu ausschweifenden Kundgebungen einer Freundschaft fortreihe, die man aufdringlich gefunden hat.“

* Am Ende des Jahres 1889 existirten in Belgien insgesamt 185 036 Branntweinshenken, gegenüber etwa 125 000 im Jahre 1879. Um diesem Umwege zu steuern, war ein Gesetz erlassen worden, wonach das Recht des Ausverkaufes von Spirituosen von einer besonderen Lizenz und vor allem von einer Patentsteuer von 200 Francs für alle neu zu errichtenden Wirtschaften abhängig gemacht wurde und diesem Gesetze war es zu verdanken, daß am 31. Dezember 1890 die Zahl der Branntweinshenken nunmehr 169 369 und am 1. März d. J. nunmehr 160 399 betrug. An Stelle der früheren Zunahme dieser Wirtschaften war also eine Abnahme derselben um etwa 25 000 in Zeit von 15 Monaten zu konstatiren. Gegenüber einer Einwohnerzahl von noch nicht 6 Millionen sind jene 160 399 Branntweinshenken (also etwa eine Schenke auf 37 Personen!) immerhin noch eine stattliche Ziffer, zumal, wenn man bedenkt, daß noch eine Menge von Wirtschaften existiren, welche ohne die Erlaubnis hierzu den Genever heimlich verkaufen. Eine Abnahme des Geneverkonsums wurde durch jenes Gesetz und die Verminderung der Schankstätten denn auch nicht herbeigeführt, im Gegentheil hat derselbe in den beiden letzten Jahren ganz erheblich zugenommen. Nur eine solche Vertheuerung des Genevers durch hohe Steuern, welche das Volk dazu zwänge, sich an das Bier zu gewöhnen, könnte hierin eine gründliche Abhilfe schaffen, aber hierzu werden sich die großen Schnapsbrenner und deren Freunde, welche im Senate sitzen, freilich niemals verstehen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung vom 1. Juni

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort der Ministerpräsident v. Caprivi: Im Namen der kgl. Staatsregierung habe ich eine Erklärung abzugeben. Aus Anlaß der Erörterungen in diesem Hause, welche am 27. Mai stattgefunden haben, ist eine lebhaft erregung im Lande entstanden, die zu einer Erklärung nöthig ist, daß es nicht in der Absicht der Staatsregierung liegt, die Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrathe in Anregung zu bringen. (Beifall.) Seitdem Bedenken wegen Ergebnis der reichsten Ernte laut wurden, hat die Staatsregierung es sich angelegen sein lassen, Erhebungen über die wahre Sachlage anzustellen. Diese Erhebungen nahmen einen durchaus ruhigen Fortgang bis zu der Debatte vom 27. Mai, welche eine weitgehende Erregung in der Bevölkerung zur Folge hatte. Die Staatsregierung hat bei allen sachkundigen Kreisen Mittelungen vorgenommen, und wenn das vorliegende Material auch keinen ziffermäßigen Beweis für die vorhandenen Kornvorräthe und für die künftige Preisgestaltung giebt, so ist die Uebersicht doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß von einem allgemeinen Kornmangel zur Zeit keine Rede sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Daß eine Aufhebung der Zölle keine guten Folgen haben würde, halten wir für wahrscheinlich. Die Ernteaussichten, wie sie vor vierzehn Tagen waren, und die sich inzwischen noch gebessert haben, lassen auf eine gute Witterung hoffen. Trifft diese ein, so kann auch kein Mangel kommen. Die im Lande vorhandenen Vorräthe, welche sich in Händen der Händler befinden, reichen hin, die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Zugabe kann werden, daß die gegenwärtigen Brodpreise hoch sind, aber sie sind nicht so hoch, um uns zu beunruhigen. Seit 1857 haben die Roggenpreise in 7 Jahren eine Durchschnittshöhe, wie die heutige erreicht. (Hört, hört!) Seit einer Reihe von Jahren hat Preußen aufgehört, zu den getreideexportirenden Staaten zu gehören; Oesterreich-Ungarn und Rußland haben bei uns Getreide eingeführt, und aus Nordamerika und Indien flüchten unsere Getreidemärkte auf, und werden die nöthige Einfuhr leisten, um uns bis zur nächsten Ernte mit Getreide durchzuhalten. Nach der zu uns gelangten Nachrichten befinden sich bereits seit Wochen bedeutende Getreidetransporte nach Deutschland unterwegs, denn unsere hohen Getreidepreise ziehen das auswärtige Getreide an, und namentlich sucht man sich im Ausland der noch vorhandenen Bestände zu entledigen. Auch dürfte sich bei einem starken Weizenimport ein Uebergang in den betreffenden Kreisen unserer Bevölkerung von der Roggen- zu Weizenmahlung vollziehen. Bei einer gänzlichen oder theilweisen Aufhebung der im Interesse der Landwirtschaft geschaffenen Kornzölle ist die Verantwortung der Frage doch sehr zweifelhaft, ob diese Aufhebung den gewünschten Erfolg auf die Preisbildung haben würde. Die Frage der Preisbildung ist nach dem Urtheil der Sachkenner sehr komplizirter Natur und durchaus nicht so einfach, wie hier und da behauptet wird. Wichtig ist nur, daß zur Zeit der Preis bei uns um den Betrag der Zölle höher ist, als beispielsweise auf dem Londoner Markt. Mit allgemeinen Worten, wie der Zoll zahlt das Ausland und dergleichen, ist die Preisfrage nicht zu lösen. Noch zweifelhafter ist aber, ob eine Zollermäßigung den Konsumenten zu Gute kommen würde. Ich glaube, die Worte würden den Profit einstecken. Unter diesen Umständen konnte sich die Staatsregierung nicht dazu entschließen, den Zoll ganz aufzuheben. Wäre der Ruken einer solchen Maßregel sehr fraglich, so wäre der Schaden doch weit weniger fraglich, den sie für die gesammte Entwicklung des Handels und der Landwirtschaft haben würde. Beide bedürfen zu ihrer Entwicklung der Ruhe und Stetigkeit. Wenn aber die Zölle für Monate hin- und hergeworfen werden, so leiden darunter nicht bloß Handel- und Landwirtschaft, sondern auch die gesunde Spekulation, welche ein richtiger Faktor für billige Er-

nährung ist. Sind die Zölle aber einmal ganz aufgehoben, so würde es schwer sein, sie wieder einzuführen, und der begonnenen Agitation gegenüber muß ich erklären, daß die Staatsregierung nichts weniger im Sinne hat, als zu einem Freihandelsysteme überzugehen. Wir haben uns Oesterreich-Ungarn gegenüber allerdings zu einer gewissen Herabsetzung der Zölle entschlossen, aber doch nur gegen werthvolle Äquivalente, welche uns dafür gewährt worden sind. Zur Zeit bin ich nicht in der Lage, über diesen Theil des österreichischen Handelsvertrages näher Mittheilung zu machen und würde weitere Auskunft auch bei einer Debatte hierüber nicht erteilen können. Bei einer Aufhebung des Zolles wäre auch die Gefahr zu erwägen, daß der geöffnete deutsche Markt von fremdem Getreide überflutet wird und dies die Vortheile der künftigen Ernte, die, wie gesagt, voraussichtlich eine gute Mittel-ernte werden wird, vernichten würde. Die Staatsregierung hat gewiß ein warmes Herz für die ärmeren Klassen der Bevölkerung, aber es ist sehr zweifelhaft, ob auch nur um den geringen Betrag des Zolles das Brod billiger werden würde, wenn wir die Zölle aufheben, denn Müller, Bäcker und Händler haben ein begründetes Recht, die Gelegenheit zu einem größeren Verdienst zu benützen. Die Staatsregierung ist sich der vollen Verantwortung für die Tragweite ihrer Entscheidung bewußt; sie hat dieselbe gefaßt im vollen Gefühl der Verantwortlichkeit, sie glaubt diese Verantwortlichkeit auch tragen zu können. (Beifall rechts.)

Es folgt eine lebhaft geführte Geschäftsordnungsdebatte, in welcher die Abg. Richter und Richter (frei.) eine Debatte über die Rede des Ministerpräsidenten wünschen, welchem Verlangen der Präsident von Köller entgegentritt, da nur über diejenigen Sachen debattirt werden könne, welche auf der Tagesordnung stehen.

Abg. von Gerner (natlib.) bedauert ebenfalls, daß eine sofortige Debatte nicht möglich ist. Die Abg. Graf Limburg-Schum (kons.), Freiherr von Diermann (Centr.) widerprechen einer sofortigen Debatte. Die Geschäftsordnung gehe von der sehr richtigen Annahme aus, daß unvorberathene und erregte Debatten hier im Hause vermieden werden sollen. Es komme wohl noch eine Gelegenheit, diese Frage des Näheren zu behandeln.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein: Beratung der in abgeänderter Form aus dem Herrenhause zurückgekommenen Landgemeinordnung.

Zur Generaldebatte spricht Abg. von Meyer-Minswalde (kons.), der das Gesetz für kein konservatives erklärt.

Nach kurzer Debatte wird ein Antrag des Abg. Dziembowski (freikons.) angenommen, wonach die Beibehaltung der Selbstständigkeit davon abhängig gemacht wird, daß der Gutsherr dieser befreit.

Die Abg. Richter (frei.), von Seydebrand (kons.) und Minister Herrfurth empfehlen die Annahme des Antrages.

§ 13, welcher die Vorschriften über die Heranziehung von Personen mit einem Einkommen von weniger als 900 Mark enthält, wird nach unbedeutenden Bemerkungen nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen.

§ 18, welcher vom Gemeinde-Wahlrecht handelt, ist vom Herrenhause dahin abgeändert worden, daß auf Antrag des Kreisaußenbüros, durch Beschluß des Provinzial-Landtages im Einverständniß mit dem Oberpräsidenten der Provinz der Census für das Wahlrecht um höchstens die Hälfte ermäßigt werden kann.

Abg. von Rauchhaupt (kons.) beantragt die Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse.

Abg. von Dziembowski (freikons.) beantragt in der Herrenhausfassung die Worte „im Einverständniß mit dem Oberpräsidenten“ zu streichen.

Abg. Richter (frei.) beantragt, die ganze Bestimmung zu streichen.

Abg. Frhr. von Quene (Centr.) beantwortet die Annahme des Antrages Dziembowski.

Minister Herrfurth verteidigt die Herrenhaus-Beschlüsse, will aber dem Antrage Dziembowski keinen Widerpruch entgegenstellen.

Abg. Sobrecht (natlib.) spricht ebenfalls für den Antrag Dziembowski.

Abg. Richter beantwortet seinen Antrag.

Der § 18 wird mit dem Antrage Dziembowski angenommen.

§ 75 der Vorlage behandelt die Wahl der Gemeindevorsteher und Schöffen. Das Herrenhaus hat statt der sechsjährigen Amtsperiode die Amtsdauer der Gemeindevorsteher auf zwölf, die der Schöffen auf sechs Jahre festgelegt.

Rom Abg. von Dziembowski (freikons.) wird beantragt, Gemeindevorsteher und Schöffen auf drei Jahre zu wählen. Nach dreijähriger Amtsdauer soll dann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden können.

Der Antrag wird angenommen.

§ 109 behandelt die Öffentlichkeit der Gemeindeversammlung. Das Herrenhaus hat die „beschränkte Öffentlichkeit“ beschlossen.

Abg. von Dziembowski beantragt, die beschränkte Öffentlichkeit zwar beizubehalten, den Kreis der zuzulassenden Personen aber auf alle stimmungsberechtigten männlichen Personen auszudehnen.

Abg. Gneist (natlib.) bittet, die Fassung des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen.

Minister Herrfurth erklärt in dem Antrage Dziembowski eine wesentliche Verbesserung.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Abg. von Rauchhaupt (kons.) erklärt, daß seine politischen Freunde nunmehr gegen den ganzen Entwurf stimmen werden.

Minister Herrfurth: Die Gründe sind nicht wichtig genug, um als Vorwand, viel weniger, um als Einwand gegen die Vorlage zu gelten.

Abg. Richter: Der Minister des Innern hat Recht. Alle Welt muß erkennen, daß es Herrn von Rauchhaupt nur um einen Vorwand zu thun ist.

In der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird die Vorlage mit 206 gegen 99 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

